

So verschwendet Aussenministerin Calmy-Rey unsere Steuergelder

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Wenn man die Ausgabenentwicklung der einzelnen Departemente des Bundes seit 2005 betrachtet, dann fällt auf, dass nicht nur die Soziale Sicherheit und der öffentliche Verkehr um Milliardenbeträge aufgestockt werden. Im Windschatten dieser Monstergelbe beginnt auch das Departement des Äussern (EDA) zu wuchern. So sollen die Ausgaben des EDA gemäss Budget 2008 gegenüber der Rechnung 2005 von CHF 2 Mrd. um 25% auf CHF 2,5 Mrd. ansteigen. Es ist aber nicht unser Diplomatennetz, das für dieses Wachstum verantwortlich ist, sondern vor allem die starke Zunahme von Beiträgen an internationale Organisationen, die Zunahme der Entwicklungshilfe sowie die Hilfe an Ostländer und die Erweiterung der EU. Wer sich gegen solche Geschenke aus Steuergeldern an das Ausland wendet, wird von der Ratslinken bis weit ins Gutmenschenlager der Bürgerlichen hinein als Unmensch betitelt. Dabei gibt es viele Ausgaben, deren Höhe und Nutzen mehr als zu hinterfragen sind:

1. Chemiewaffenabrüstung Russland

Mitte September 2007 schockte Russland die Welt wieder einmal mit der Präsentation einer neuen Superwaffe die als konventionelle „Vater aller Bomben“ die Sprengkraft einer Atombombe erreichen soll. Dies ist nur eine der jüngsten Machtdemonstration dieses Landes, das auch vor wirtschaftlicher Erpressung von Nachbarländern mit Energieboykotten etc. nicht zurückschreckt. Russland hat dank Erdöl-, Erdgas- und anderen Exporten seine Währungsreserven in den letzten Jahren massiv auf zuletzt USD 417 Mrd. (per 7.9.2007) aufgehäuft und zählt damit heute zu den wirtschaftlich potentesten Ländern. Diese komfortable Situation erlaubte es Russland seine USD 40-50 Mrd. Schulden an die 19 Pariser Club Länder, die Russland in der Krise von 1998 finanziell unterstützt hatten, im Jahre 2006 vorzeitig zu tilgen. Während sich andere Länder wie Deutschland, Frankreich etc. über die Rückzahlung dieser teilweise bereits als verloren geglaubten Guthaben erfreuen konnten, finanziert die Schweiz diesem reichen Land immer noch einen Teil der Chemiewaffen-Abrüstung. In den Bundesrechnungen der letzten Jahre scheinen dafür Beträge von CHF 2,3 Mio. (2004), CHF 2,5 (2005) und CHF 2,6 Mio. (2006) auf. Im Budget 2008 sind weitere CHF 2,7 Mio. vorgesehen. Ein Land, das über so hohe Währungsreserven verfügt, das als Atommacht in der UNO ein Vetorecht besitzt und mit Lieferboykotten und ähnlichem den Westen mehr und mehr zu dominieren versucht, ist selbst in der Lage, die Kosten zur Bewältigung seiner dunklen Vergangenheit zu bezahlen. Offensichtlich ist unsere Aussenministerin aber weiterhin der Meinung, die Schweiz müsse Millionenbeträge nach Russland schicken, damit dieses Land seine Chemiewaffen entsorgen könne. Die Reichen und die Superreichen aus Russland mögen dies vielleicht mit einem Aufenthalt in unseren Nobelkurorten verdanken, aber gegenüber den Schweizer Steuerzahlern sind solche Verschwendungen von Steuergeldern nicht zu rechtfertigen. Statt Geld nach Russland zu schicken, sollte sich unser Aussenministerium endlich um die Begleichung der von Schweizern in der ehemaligen Sowjetunion erlittenen sogenannten Revolutionsschäden kümmern, denn unser Land hat bekanntlich die

völkerrechtlich begründeten Entschädigungsansprüche gegenüber Russland nicht aufgegeben. Die „faulen“ Ausreden des Departements, man hätte bis zum heutigen Zeitpunkt keine Möglichkeit gehabt, Russland zu einem Entgegenkommen in dieser Sache zu bewegen überzeugt nicht, denn der Bundessrat hat sich bekanntlich an seiner Sitzung vom 9. Februar 1951 verpflichtet, schweizerische Ansprüche aktiv gegenüber der Sowjetunion zu vertreten.

2. Entwicklungshilfe für Atommächte

Russland ist ja nicht die einzige Atommacht, die die Schweiz finanziell unterstützt. Nebst Russland rangieren auch die Atommächte Pakistan und Indien unter den grössten Empfängerländern von Schweizer Entwicklungshilfegeldern. Indien verfügt zwar über genügend Geld für den Test von atombombenbestückten Mittelstreckenraketen mit Reichweiten bis nach Schanghai oder Peking (NZZ 12. April 2007), aber zuwenig Geld für die Ärmsten seines Landes. Aber warum soll die indische Regierung auf die Aufrüstung verzichten, denn Länder wie die Schweiz kümmern sich schon um die notleidende indische Bevölkerung. Dem Bericht der GPK-Ständerat vom 8. Dezember 2006 ist zu entnehmen, dass in den ersten 11 Monaten des Jahres 2005 diese drei Atommächte zusammen rund CHF 42 Mio. an direkt zuzuordnende Entwicklungsgelder erhalten haben. Wahrlich eine kluge Politik, Atommächte mit Schweizer Steuergeldern zu finanzieren!

3. Bevorzugung muslimischer Staaten

Erklärungsbedarf besteht auch für die einseitige Zuteilung der Schweizer Entwicklungshilfegelder an muslimische Länder. Von den 12 Hauptempfängerländern sind es deren 8, die wiederum 70% (CHF 123 Mio.) dieser Gelder an die Top-12 kassieren. So rangiert Palästina beispielsweise mit CHF 23,5 Mio. auf Rang 1 dieser GPK-Liste. Im Jahre 2005 wurde bekanntlich ein Sonderprogramm Palästina in Angriff genommen, das Beträge von CHF 66 Mio. über 4 Jahre vorsieht. Wenn man bedenkt, dass nicht nur die Schweiz sondern vor allem die EU Milliardenbeträge für die drei Millionen Einwohner Palästinas aufbringen, während Äthiopien, das regelmässig unter Hungersnöten leidet, nur USD 18 Entwicklungshilfe pro Kopf erhält, dann ist offensichtlich, dass es hier vor allem um politisch motivierte Hilfsgelder geht. Dass sich die Schweiz dieser Politik anschliesst, ist schwer verständlich, denn selbst der am 14. Juni 2007 zum neuen Ministerpräsidenten (Notstands-Regierungschef) ernannte Salam Fayyad hat eingestanden, dass Millionensummen „unauffindbar verschwunden seien“. Auch wenn sich diese Aussage hoffentlich nicht auf Schweizer Gelder bezog, ärgert es doch viele Schweizer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, wenn sie palästinensische Extremisten am Fernsehen jubeln hören, man hätte die verlorenen Waffen bereits wieder ersetzt. Es dürfte kaum im Interesse der Schweizer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sein, wenn unsere Spitzenpolitiker unsere Hilfsgelder für ihre eigenen politischen Interessen einsetzen. Deshalb ist auch die Zuteilung der Hilfsgelder auf die einzelnen Empfängerländer dringend zu überprüfen.